

Amtsblatt

Nr.15/2011

15. Juli 2011

ausgegeben am:

Nr.	Gegenstand	Seite
1	Bekanntmachung der Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses der Stadt Lünen hier: Umlegungsverfahren XII „Landesgartenschau Lünen 1996“	84
2	Vergnügungsstättenkonzept hier: Beschluss über das Vergnügungsstättenkonzept	85
3	Allgemeinverfügung über das Mitführen und die Benutzung von Glasbehältnissen beim Brunnenfest 2011	86

Herausgeber: Der Bürgermeister der Stadt Lünen

Das Amtsblatt ist kostenlos erhältlich bei der Stadt Lünen, Willy-Brandt-Platz 1, 44532 Lünen an der Informationsloge des Rathauses, im Internet unter www.luenen.de/amtsblatt oder per E-Mail: buero.buergermeister@luenen.de

Auskunft Telefon: 02306 104-1260

Bekanntmachung

Geschäftsstelle des Umlegungsausschusses der Stadt Lünen

Umlegungsverfahren XII „Landesgartenschau Lünen 1996“

Der nach § 76 Baugesetzbuch gefasste Beschluss (Vorwegentscheidung) des Umlegungsausschusses vom 01. September 2009 mit Ergänzung vom 30. November 2010 über die Regelung der Eigentums- und Besitzverhältnisse und der sonstigen Rechte für das nachstehend bezeichnete und zum Umlegungsgebiet XII „Landesgartenschau Lünen 1996“ gehörenden Grundstücke ist am 21. April 2011 unanfechtbar geworden:

- 1.) Grundstück: Seepark
Ordnungs-Nr.: XII/ 1
Eigentümer: Stadt Lünen
Grundbuch von: Lünen, Blatt 14868

- 2.) Grundstück: Baukelweg
Ordnungs-Nr.: XII/ 1.16
Eigentümer: Herr Tim Geyer
Grundbuch von: Lünen, Blatt 13991

Der Eintritt der Unanfechtbarkeit wird nach § 71 BauGB hiermit bekannt gemacht.

Am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung des Zeitpunktes seiner Unanfechtbarkeit tritt der Beschluss in Kraft.

Lünen, 08. Juli 2011
Der Vorsitzende

(Siegel)

gez. Dr. Hemmrich

Dr. Hemmrich
Ltd. Städt. Rechtsdirektor a.D.

Öffentliche Bekanntmachung

Vergnügungstättenkonzept

hier: Beschluss über das Vergnügungstättenkonzept

Der Rat der Stadt Lünen hat am 7.7.2011 das Vergnügungstättenkonzept als städtebauliches Entwicklungskonzept gemäß § 1 Absatz 6 Nr. 11 Baugesetzbuch beschlossen.

In der Zeit vom 28.2.2011 bis zum 28.3.2011 erfolgte eine öffentliche Auslegung. Ergänzend wurden die betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Mit dem Vergnügungstättenkonzept wurde eine räumliche Steuerung von Vergnügungstätten, Wettbüros und bordellähnlichen Betrieben im gesamten Stadtgebiet vorbereitet. Für den Umgang mit diesen Betriebsformen wurden Ziele für die unterschiedlichen Baugebietskategorien formuliert. Es wurden Bereiche definiert, in denen sich bei der Neuansiedlung negative städtebauliche Entwicklungen ergeben können. Solche Beeinträchtigungen sind insbesondere zu vermeiden in:

- Gebieten, die vorwiegend dem Wohnen dienen,
- Gebieten, die der (Nah)- Versorgung dienen und in
- Gewerbegebieten mit besonderer städtebaulicher Zielsetzung.

Das Vergnügungstättenkonzept kann während der Dienststunden der Stadtverwaltung im Technischen Rathaus der Stadt Lünen, Willy-Brandt-Platz 5, Abteilung Stadtplanung, 3. Obergeschoss, eingesehen werden.

Lünen, 8.7.2011

Der Bürgermeister
In Vertretung

gez.

Matthias Buckesfeld
Beigeordneter

Stadt Lünen

Gem. § 14 Abs.1 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden-Ordnungsbehördengesetzes (OBG) – in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV. NRW. S. 528) in der zurzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 35 Abs.2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein Westfalen (VwVfG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.11.1999 (GV.NRW.S.602/SGV.NRW.2010) in der z.Zt. gültigen Fassung erlässt die Stadt Lünen folgende

Allgemeinverfügung

über das Mitführen und die Benutzung von Glasbehältnissen beim Brunnenfest 2011

Für das am 30.07.2011 auf dem Willy-Brandt-Platz, Lünen, stattfindende Brunnenfest wird folgendes angeordnet:

1. Mitführungs- und Benutzungsverbot von Glasbehältnissen

In dem unter Ziffer 2 genannten Zeitraum ist das Mitführen und die Benutzung von Glasbehältnissen, d.h. alle Behältnisse, die aus Glas hergestellt sind (wie z.B. Gläser und Flaschen) in dem unter Ziffer 3 definierten Bereich **außerhalb** geschlossener Räume verboten.

Ausgenommen von diesem Verbot ist der Ausschank auf der konzessionierten Außenfläche vor der Schank- und Speisewirtschaft „Extrablatt“, Willy-Brandt-Platz 3, Lünen.

2. Zeitlicher Geltungsbereich

Das vorstehende Verbot aus Ziffer 1 gilt für die Zeit von

Samstag, 30.07.2011, 15.00 Uhr bis Sonntag, 31.07.2011, 06.00 Uhr.

3. Räumlicher Geltungsbereich

Das vorbenannte Verbot aus Ziffer 1 gilt für den Willy-Brandt-Platz, Lünen, begrenzt durch nachfolgende Zugänge:

- a) Hertie-Gebäude/ östlicher Flügel des Rathauses,
- b) Außenkante nördlicher Flügel des Rathauses/ Westseite des Saturn-Gebäudes,
- c) Marktstraße Kaufhaus Müller/ Imbiss im Hertie-Gebäude,
- d) Marktstraße Öffentliche Toilettenanlage/ Geschäftslokal Lüner Anzeiger,
- e) Goldstraße Höhe Einmündung Marktstraße.

Das Verbot erstreckt sich sowohl auf die öffentliche Verkehrsfläche des Willy-Brandt-Platzes, als auch auf frei zugängliche Gebäudezugänge und Treppenanlagen unbeschadet der Eigentumsverhältnisse.

4. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Aus Gründen des öffentlichen Interesses wird gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) in der zurzeit gültigen Fassung die sofortige Vollziehung dieser Verfügung angeordnet, mit der Folge, dass eine eventuell eingelegte Klage keine aufschiebende Wirkung hat.

Das besondere Interesse an der sofortigen Vollziehung dieser Allgemeinverfügung ergibt sich daraus, dass die Beseitigung der bestehenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit keinen weiteren Aufschub duldet. Die Gefahren für so bedeutende Individualschutzgüter wie Gesundheit, Leben und Eigentum unbeteiligter Personen sind so schwerwiegend, dass nicht erst der Abschluss eines verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgewartet werden kann. Demgegenüber muss das private Interesse an der Benutzung von Glasbehältnissen gegenüber dem öffentlichen Interesse zurückstehen.

5. Bekanntgabe

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 Satz 4 VwVfG NRW mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tag als bekannt gemacht.

Begründung:

Das Brunnenfest findet seit Jahren auf dem Willy-Brandt-Platz statt. Es handelt sich um ein jährlich wiederkehrendes Fest mit einem umfangreichen Musikprogramm auf einer Bühne und mit zahlreichen Getränke- und sonstigen Verkaufsständen. Die Veranstaltung beginnt am 30.07.2011 um 15.00 Uhr und endet am darauf folgenden Tag um 01.30 Uhr. Das stets gut besuchte Fest findet nunmehr seit 25 Jahren statt.

Es ist zu erwarten, dass das Fest wie auch in den vergangenen Jahren von der Bevölkerung gut angenommen wird. Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass der Einsatz von Glasbehältnissen bei Großveranstaltungen grundsätzlich mit erheblichen Gefahren verbunden ist.

Aufgrund der zu erwartenden großen Besucherzahl dieser Veranstaltung und eines erhöhten Alkoholkonsums wurde in den vergangenen Jahren der Veranstaltungsplatz eingefriedet und innerhalb der Einfriedung ein Glasverbot verfügt. Auf eine Einfriedung soll nunmehr verzichtet werden, wobei der Willy-Brandt-Platz dann öffentlich zugänglich sein wird. Es ist damit zu rechnen, dass eine Vielzahl der Besucher Glasbehältnisse, insbesondere Flaschen mit alkoholischen Getränken, die sie außerhalb des Veranstaltungsgeländes erwerben, mit sich führen und eine unsachgemäße Entsorgung statt findet. Schon in kürzester Zeit ist dann mit ganz erheblichem Glasbruch zu rechnen, wodurch bei einer größeren Personendichte gesundheitliche Gefahren für die Besucher der Veranstaltung zu befürchten sind.

An den Verkaufsständen innerhalb des Veranstaltungsbereiches werden wie in den Vorjahren nur noch Getränke in Kunststoffbehältnissen abgegeben. Die Beobachtungen von Veranstalter, Ordnungsbehörde und Polizei haben allerdings in den letzten Jahren

gezeigt, dass vor allem jugendliche Besucher vielfach ihre Getränke nicht im Veranstaltungsbereich erwerben, sondern diese in den umliegenden Einzelhandelsgeschäften und Trinkhallen kaufen. Der Verzehr fand dann an der Peripherie außerhalb des Veranstaltungsgeländes statt. Die leeren Flaschen wurden oft nicht ordnungsgemäß entsorgt, sondern auf den Boden gestellt, in den Rinnstein geworfen, fallengelassen oder bewusst zerschlagen. Aufgrund der Vielzahl der Besucher wurden die Flaschen dann zu Stolperfallen, die bewusst oder auch versehendlich weggetreten werden und zersplittern. Schon nach kurzer Zeit waren die genutzten Flächen am Rande des Veranstaltungsbereiches mit Flaschen und Glasscherben übersät.

Soweit der Veranstaltungsplatz nicht mehr eingefriedet ist, muss damit gerechnet werden, dass die von Glas und Glasbruch ausgehenden Gefahren zumindest zum Teil auch auf dem Willy-Brandt-Platz existent sein werden.

Von den Glasbehältnissen und Glasscherben gehen Verletzungsgefahren für die Besucher des Brunnenfestes aus. Von vielen auf dem Boden liegenden Glasbehältnissen und Scherben geht für die Besucher der Veranstaltung die Gefahr aus, hierüber zu stolpern und in die Scherben zu fallen. Schnittverletzungen können darüber hinaus auch entstehen, wenn die auf dem Boden liegenden Glasbehältnisse von Dritten –ob bewusst oder unbewusst- weggetreten werden und Personen treffen. Im Scherbenmeer sind Schnittverletzungen an den Knöcheln oder durch die Schuhe möglich. Das Glasverbot soll Verletzungen verhindern und dient damit dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Besucher und der Ordnungskräfte.

Aus ordnungsrechtlicher Sicht kann den o.g. Gefahren nur durch einen grundsätzlichen Verzicht von Glasbehältnissen begegnet werden.

Rechtsgrundlage für die getroffenen Anordnungen ist § 14 Abs.1 OBG. Danach können die Ordnungsbehörden die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im Einzelfall bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren.

Die Allgemeinverfügung richtet sich gemäß Ziffer 1 an alle Personen, die sich im räumlichen Bereich zu Ziffer 3 aufhalten und Glasbehältnisse mit sich führen bzw. benutzen.

Es gilt, eine erhebliche gegenwärtige Gefahr für die öffentliche Sicherheit abzuwenden. Maßnahmen gegen die Verantwortlichen, die durch das Fallen- oder Stehenlassen von Glasbehältnissen Verletzungsgefahren verursachen, sind wegen der räumlichen Enge, in der die Menschen dicht gedrängt sind, praktisch nicht möglich, da sie oft nicht ausgemacht werden können.

Erfahrungen haben gezeigt, dass die allgemeinen bestehenden Regelungen des Ortsrechtes nicht ausreichen, um die Gefahren, die durch Glasbehältnisse entstehen, zu verhindern. Daher sind nach pflichtgemäßem Ermessen die sich im oben bezeichneten Bereich aufhaltenden Personen als Adressanten in Anspruch zu nehmen.

Weniger einschneidende Maßnahmen (vermehrte Sonderreinigungen, Aufstellen von Abfallbehältern) reichen nicht aus, um einen stark frequentierten Veranstaltungsbereich sicher zu gestalten, so dass das Mitführungs- und Benutzungsverbot zu erlassen ist. Die Anordnung ist erforderlich, geeignet und im Hinblick auf die Gefahrenlage als angemessen anzusehen.

.
.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieser Verfügung Klage erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht in 45879 Gelsenkirchen, Bahnhofsvorplatz 3, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Falls die Frist durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, so würde dessen Verschulden Ihnen zugerechnet werden.

Lünen, 12.07.2011

gez. M. Buckesfeld

Buckesfeld
Beigeordneter